Die Beamtenmaßregelung

Die Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 hat der Willkür Tür und Tor geöffnet. Ihre bisherige Anwendung vermag der Finanzlage des Reiches nicht irgendwie Besserung zu bringen. Abgesehen davon, daß die Vorschriften der Abbauverordnung, soweit sie sich auf die im Artikel 8 vorgesehene „haushaltsrechtliche Auswirkung" beziehen, von den Betriebsverwaltungen (Eisenbahn und Post) gar nicht eingehalten werden, läuft das ganze System lediglich auf **die Beseitigung republikanisch gesinnter und verfassungstreuer Beamten hinaus.** Der Artikel 8 bestimmt z. B., von der Gesamtzahl der am 1. Oktober im Dienste befindlichen planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten usw. werden vor dem 1. Februar 1924 mindestens 5 Proz. abgebaut. Eisenbahn und Postverwaltung haben durch besondere Verfügung angeordnet, daß die im Artikel 5 für den Abbau vorgesehene Zahl verdoppelt wird. Es werden also demnächst in Wirklichkeit statt der vorgesehenen 5 Proz. **rund 10 Proz. der Beamten entfernt.** Die in der Abbauverordnung vorgesehenen Sicherungen in rechtlicher und sozialer Beziehung finden so gut wie gar keine Beachtung. Die mit dem Abbau betrauten Kommissare werden unter Androhung, daß auch sie evtl. von der Abbauverordnung erfaßt werden, angespornt, soweit als möglich die geeignet erscheinenden Beamten zu entlassen.

Regierung und Betriebsverwaltung machen sich offenbar auch gar keine Sorge darüber, was aus den abgebauten Beamten werden soll. Inzwischen bemüht sich das Heimstättenamt der deutschen Beamtenschaft, auf die Regierung einzuwirken, damit auf dem schnellsten Wege ein Beamtenlandabfindungsgesetz zustandekommt. Danach soll den abgebauten Beamten die Möglichkeit geboten werden, je nach Wunsch eine kleinere oder größere Parzelle zu erwerben. Die kleinere soll eine erhebliche Zugabe zur Ernährung schaffen und zu diesem Zweck etwa 1000 Quadratmeter betragen, während die größere die Möglichkeit schaffen soll, die vollständige Ernährung der Beamtenfamilie zu sichern. In dem vorgelegten Gesetzentwurf werden Vorschläge zum Erwerb und zur Verzinsung der Parzellen gemacht. Da die Regierung sich bisher mit der Frage der künftigen Existenz der abgebauten Beamten nicht beschäftigt hat, ist anzunehmen, daß sie auch auf den vom Heimstättenamt angeregten Gebiet Zurückhaltung üben wird. Es muß sich allen Beamten, gleichviel, ob sie von der Personalabbauverordnung bedroht sind oder nicht, die Frage der Selbsthilfe aufdrängen. Die Gewerkschaften und die den Beamten wohlgesinnten Parteien sind in erster Linie dazu berufen, auf den Schutz der Beamten hinzuwirken. Was jedoch durch dieses Vorgehen erreicht werden kann, hängt allerdings ab von der persönlichen Tatkraft der Beamtenschaft. Mehr als bisher ist es notwendig, die gewerkschaftliche und politische Arbeit zu unterstützen und die Macht zu schaffen, die notwendig ist, um die verhängnisvollen Wirkungen der Regierungsmaßnahmen zu verhüten. Dadurch wird es auch möglich sein, die ganz unverhüllt zutage tretenden **Maßregelungen der Funktionäre der Beamtengewerkschaften zu unterbinden.** Aus ungezählten Aeußerungen der vom Abbau betroffenen Beamten geht die Auffassung hervor, daß sie sich als das Opfer ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit fühlen. Da die Beamtenabbauverordnung gerade hier einen besonderen Schutz vorgesehen hat, ist es endlich an der Zeit, daß die Regierung den Versuch unternimmt, die jetzt geübte **Verfolgung der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre** in einen auf gesetzliche und soziale Bestimmungen sich gründenden Abbau umzuwandeln. Geschieht das nicht, dann wird sich die Regierung nicht wundern dürfen, wenn die sich täglich steigernde Erregung in der Beamtenschaft eines Tages unerwünschte Folgen hat.

Die „Wahlfreiheit" in Kahrs Reich

München, 7. Januar. (Eig. Drahtb.) Die am Freitag im Ausschuß des Landtages begonnene Aussprache über die Schaffung von Garantien für die kommenden Neuwahlen wurden am Montag zu Ende geführt. In der Abstimmung fand der Antrag der Sozialdemokratie auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes nur die Unterstützung der Demokraten und wurde abgelehnt; desgleichen der Antrag der Demokraten auf Aufhebung des Ausnahmezustandes während der Wahlzeit. Durch Annahme einer Reihe von Anträgen wurde die Sicherung der Wahlfreiheit in Bayern im Rahmen des Ausnahmezustandes in folgender Weise festgelegt:

1. Das Gesamtministerium übernimmt die Sicherung der Wahlfreiheit und der verfassungsmäßigen Rechte sowie die Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung mit allen staatlichen Mitteln; die Freiheit der Wahl ist in vollem Umfange zu sichern. 2. Vom Tage der Ausschreibung der Neuwahl zum Landtag bis zur erfolgten Wahl dürfen Druckschriften, insbesondere Zeitungen und Flugblätter, nur verboten werden, wenn ihr Inhalt auf den gewaltsamen Umsturz der Verfassung und auf die gewaltsame Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung abzielt. 3. Verbote von Zeitungen und Druckschriften können während dieser Zeit nur unter Angabe der Gründe des Verbotes verhängt werden. 4. Die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit ist im gleichen Zeitraume im Rahmen von Gesetz und Verfassung wiederherzustellen; die Staatsregierung übernimmt mit allen staatlichen Machtmitteln den Schutz dieser Rechte und der Wahlfreiheit gegenüber allen gewaltsamen Störungen. 5. Den Angehörigen der aufgelösten Parteien ist bei Auflösung des Landtags die gleiche Versammlungsfreiheit wie den übrigen Parteien zu gewähren.

Parlamentszusammentritt in England

London, 8. Januar. (Eig. Drahtb.) Am heutigen Dienstag tritt das neugewählte Parlament zusammen zur Konstituierung und Wahl des Sprechers (Präsidenten). Es wird sich darauf einige Tage vertagen und dann mit der Thronrede offiziell eröffnet werden. Es folgt die Debatte darüber und die Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen die konservative Regierung Baldwin. Man errechnet, daß das am 17. Januar sein werde. Darauf erwartet man die Berufung Macdonalds zum König, um eine Regierung der Arbeiterpartei zu bilden. Lloyd George erklärt, die Liberalen werden die Arbeiterregierung unterstützen, solange sie nicht den Besitz expropriiere. Ramsay Macdonald hat die Absicht, als Premierminister das Außenministerium selbst zu übernehmen; als seine Mitarbeiter im Auswärtigen Amt sind Tom Shaw und Artur Ponsonby in Aussicht genommen. Ponsonby steht bereits seit längerer Zeit in diplomatischen Diensten und hat sowohl im Auswärtigen Amt wie in verschiedenen Gesandtschaften wichtige Posten bekleidet. Macdonald soll außerdem bereits Lord Acton, der in der Nachkriegszeit das Ministerium der Dominions geleitet hat, und Noel Buxton um ihre Mitwirkung gebeten haben.

Die Konservativen machen einen letzten Rettungsversuch, indem sie den König zur Auflösung des Parlaments veranlassen wollen. Die Genossen Macdonald und Lansbury erklären öffentlich, daß der König jetzt dazu kein Recht habe und er sich hüten solle, dem Willen des Volkes zu trotzen. Einer seiner Vorfahren habe das versucht (Karl I.) und es habe ihm den Kopf gekostet. Ein zweiter habe es nochmals gewagt (Jacob II.), er habe aus dem Lande ausreisen müssen. Der König solle seine Finger von der Politik fortlassen, er sei lediglich eine dekorative Figur für die Einheit des Staates.

Der Regierungswille der Arbeiterpartei ist ernst.

Kleine politische Nachrichten

Die Reichsregierung gegen die Schlemmer

Berlin, 7. Juni. Nach der Rückkehr Dr. Stresemanns aus dem Urlaub hielt das Reichskabinett am Montag eine Sitzung ab, ohne sich jedoch mit den außenpolitischen Fragen zu beschäftigen. Einmütigkeit soll im Kabinett darüber bestanden haben, daß mit größter Energie und Rücksichtslosigkeit gegen die Auswüchse der Vergnügungs- und Genußsucht eingeschritten werden muß. Die geplanten Maßnahmen, über deren Art die Regierung nichts verlauten läßt, sollen sich hauptsächlich gegen die in internationalen Kurorten lebenden und die Not des Volkes nichtachtenden Deutschen richten. Angesichts der schwierigen Finanzlage des Reiches beschloß das Kabinett außerdem, die Zahlung weiterer Vorschüsse auf die Waldabaabe an den Verein deutscher Zeitungsverleger abzulehnen. Die Beschlußfassung über die Entwürfe eines Reichsberufsschulgesetzes und eines Gesetzes über die Lehrerbildung hat das Kabinett ausgesetzt, bis das Finanzverhältnis zwischen Reich und Ländern neu geregelt ist.

Der Militarismus verbietet Wirtschaftskritik!

Wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, hat der Chef der Heeresleitung dem bekannten Wirtschaftspolitiker und Statistiker Richard Calwer in Berlin-Wilmersdorf eine Warnung zugehen lassen, weil er in seinen Wirtschaftlichen Tagesberichten vom 24. Dez. 1923 in einem Aufsatze „Wohin die Reise geht" der Reichsregierung vorgeworfen habe, durch eine neue Inflation das Volk aus „Dummheit oder Absicht" zu betrügen. Derartige Artikel seien geeignet, das Vertrauen zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu untergraben und eine Beunruhigung im Volke hervorzurufen. Der Chef der Heeresleitung teilt Herrn Calwer mit, daß er im Wiederholungsfalle mit den Mitteln des Ausnahmezustandes gegen ihn vorgehen werde!

Das Verbot der Welt am Montag ist inzwischen aufgehoben worden.

Uebergriffe der Justiz im Reichstage

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit den Beschwerden der kommunistischen und der deutschvölkischen Abgeordneten über die Schließung ihrer Bureauräume im Reichstage. Der Ausschuß erklärte die Beschwerden für **begründet**, da der Schutz eines Arbeitszimmers der Abgeordneten durch den Artikel 57 II der Reichsverfassung als Bestandteil der Immunität gesichert ist.

Volksentscheid in Lübeck

Lübeck, 6. Januar. Die linke Mehrheit der Bürgerschaft hatte dem Senat mit einfacher Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen, worauf dieser den Volksentscheid berief, der darüber entscheiden sollte, ob der Senat oder die Bürgerschaft zurücktrete. Nach sehr heftigem Wahlkampfe fand heute der Volksentscheid statt. Von 84 462 Wahlberechtigten stimmten 73 932, also 87,5 Prozent. Für den Senat wurden 43 447 Stimmen abgegeben, gegen den Senat 30 195. 290 Stimmen waren ungültig. Die Folge dieses Volksentscheides ist, daß nun die Bürgerschaft innerhalb 45 Tagen neu zu wählen ist, der Senat also bleibt. Die Sozialdemokratie hatte in entschiedenster Weise den Kampf gegen den Senat geführt, auch die Kommunisten schlossen sich an — aber es gelang leider nicht, dem sozialdemokratischem Standpunkt die Volksmehrheit zu sichern.

Brutale Aussperrungen in Rheinland-Westfalen

In Verbindung mit der vor einigen Tagen erfolgten Aussperrung von 1500 Nadelarbeitern sind in Iserlohn weitere 6000 Arbeiter der Metallindustrie zum 16. Januar gekündigt worden. In Hagen-Stadt und -Land sind die Metallarbeiter in Auswirkung der Kündigungen, die der Märkische Arbeitgeberverband zum 4. Januar ausgesprochen hat, seit Sonnabend früh ausgesperrt. Im Düsseldorfer Wirtschaftsbezirk sind 30 000 Metallarbeiter ausgesperrt. Eine von Kommunisten berufene Versammlung beschloß den Generalstreik. Die Unternehmer erklären, daß sie unter allen Umständen am Zehnstundentag festhalten.

Der Landesparteitag

Genosse Hängekorb verlangte, um eine Aufklärung herbeizuführen, daß die Mitglieder der Landtagsfraktion gefragt werden, ob sie gewillt sind, den Beschlüssen des Landesparteitages Folge zu leisten.

Genosse Weckel als Vorsitzender wies darauf hin, daß eine solche Frage überflüssig sei, da das Statut die Handhabe biete, gegen Genossen, die sich den Beschlüssen nicht fügen, vorzugehen.

Die Aussprache

Genosse Dr. Sachs, Dresden, will auf die Frage des Disziplinbruches nicht näher eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß es nicht der erste Disziplinbruch in der Geschichte der Partei war. Die Freunde der Auflösung müssen uns sagen, was sie dann wollen, wenn die Neuwahlen keine andre Situation ergeben haben. Wollen sie dann wiederum eine Landtagsauflösung herbeiführen? Solange die Kommunistische Partei in Deutschland ihre gegenwärtige Einstellung behält, können wir uns nicht auf die Kommunistische Partei stützen. Die Deutsche Volkspartei steht uns in ihren Zielen sehr viel ferner. Darüber gibt es keinen Streit. Aber die Kommunistische Partei verlangt von uns einen Weg, eine Taktik, die wir unmöglich gehen können. Was in England geschieht, würde man bei uns in Deutschland eine verschleierte Koalition nennen. In Oesterreich liegen die Dinge für die Partei viel günstiger, weil es nur eine große geschlossene Partei gibt. Zu einer Taktik, die künftig die bürgerlichen Parteien zu einem Block zusammenschweißt, haben wir keinen Anlaß.

Genosse Schembor erklärt, daß die Fraktionsmehrheit dieses sogenannte Verbrechen aus Pflichtgefühl getan habe. Wenn wir nicht gehandelt hätten, wäre ein bürgerliches Ministerium gekommen. Er persönlich habe ganz korrekt nach der Einstellung seiner Wähler im Zittauer Unterbezirk gehandelt, die zu weit über 75 Prozent für die Koalition eintreten. Redner befürchtet, daß die Arbeiter im Lande nicht damit einverstanden sein werden, wenn wir uns als Partei einfach in der sächsischen Politik kaltstellen ließen. Wir müssen uns entscheiden, ob wir gewillt sind, ernste Arbeit in der Politik zu leisten, oder ob wir so weiter wursteln wollen. Die ganze Gesetzgebungsmaschine gleicht einer Dampfmaschine, der die Kolbenstange fehlt. Redner verbreitet sich sodann über die Gesetze, die in der Volkskammer mit den Demokraten geschaffen wurden.

Genosse Edel: Die Arbeit, die sachlich geleistet werden konnte, ist mit den Kommunisten geleistet worden. Es ist ein Trugschluß, wenn Genosse Müller glaubt, den Schritt der Landesinstanzen in eine Parallele mit dem der Fraktionsmehrheit zu stellen. Die Fraktionsmehrheit ist auf die Folgen eindringlich hingewiesen worden, die durch einen solchen Streich zwei Tage vor dem Parteitage heraufbeschworen werden. Diesen Weg der Zermürbung der Partei können wir auf keinen Fall mitmachen. Wenn auf Preußen hingewiesen wird, so ist richtig, daß manches Gute zu buchen ist, aber in vielen Fragen ist noch gar nichts Fortschrittliches zu verzeichnen. Redner erinnert an den vor kurzem veröffentlichten Artikel, in dem einwandfrei festgestellt ist, daß die gegenwärtige Krise uns mit Hilfe der Demokraten aufgedrängt wurde. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Geiser: Was in dem Artikel Dittmanns gesagt wird, ist ob der furchtbaren Torheit, die aus dem Artikel spricht, ganz ungeheuerlich. Derselbe Dittmann, der uns in die große Koalition hineinbugsieren wollte, hat auf dem Parteitag der U. S. P. ausgeführt, die Koalitionspolitik wäre nur zum Nutzen der Kapitalistenklasse. Man ist die große Koalition eingegangen und hat auf den Parteitag gepfiffen. In der gegenwärtigen Zeit, in der das Großkapital Tag für Tag neue Schläge gegen uns führt, ist das Eingehen der großen Koalition geradezu ein Verbrechen. Den Genossen der Fraktionsmehrheit muß mit aller Klarheit gesagt werden, sie haben nicht mehr das Vertrauen der Parteigenossen, sie sollen abtreten. (Stürmischer Beifall.) Es kann nur heißen: heraus aus der großen Koalition, dann wird die Partei weiter bestehen können. Nicht die Fraktion, sondern der Parteitag beschließt und bestimmt. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dr. Wünsche weist auf den Eindruck hin, den das Vorgehen der Fraktionsmehrheit in weiten Kreisen der Parteigenossen erregt hat. Wenn die Wahl nicht so ausfällt, wie man erwartet, dann sind diejenigen schuld, die uns ein paar Tage vorher einen solchen Knüppel zwischen die Beine geworfen haben. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Hennig, Weißig: Die Frage, was nach einer Neuwahl des Landtages geschehen soll, kann heute kein Mensch beantworten. Es gibt verschiedene Mittel. Nach der Wahl stehen uns alle Möglichkeiten offen. Die Frage der Koalition müsse nach der Wahl neu untersucht werden.

Genosse Schulze betonte, daß es in Deutschland keine Partei gäbe, die so viel auf Disziplin gehalten habe wie die Sozialdemokratische Partei. Die Frage der Koalition ist in Deutschland verhältnismäßig neu, aber doch nicht so neu, daß sie rein als theoretisch angesehen werden könnte. Die Praxis der großen Koalition im Reichstage war so jammervoll, daß ein Versuch in Sachsen ganz ausgeschlossen sein sollte. Redner erinnerte an die Stellung des Genossen Jaurès auf dem Amsterdamer Kongreß und ging dann auf die Wahlen in England ein. Einmal sage man, die Engländer sind keine Sozialdemokraten, sondern nur sozialistische Gruppen. Das andremal sagt man, daß es nur eine geduldete Opposition sei. Beides ist falsch, die englische Arbeiterpartei, die jahrzehntelang der Schwanz der Liberalen Partei war, hat sich nach und nach selbständiger gemacht, und die letzten Wahlen haben gezeigt, daß sie von der Koalitionspolitik sich immer weiter entfernt. Die Koalition in Deutschland war das Hilfsmittel, die Errungenschaften der Arbeiterschaft herabzudrücken. Wir dürfen uns nicht mit Monarchisten verbinden, wenn wir den Schutz der Republik wollen. Die Deutsche Volkspartei ist eine monarchistische Partei. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das sind die Gründe, die uns immer mehr zur Opposition gebracht haben. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Böchel begründete die Entschließung des L. A. A. deren Wortlaut wir bereits gestern mitgeteilt haben. Ueber den Disziplinbruch selbst brauche man kaum ein Wort zu verlieren; wo sollen wir hinkommen, wenn es in der Partei keine Instanz mehr gibt, die ihren Vertrauensmännern die Linie vorschreibt, nach der sie Politik zu machen haben! (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn das Gegenteil der Fall werden soll, dann geht die ganze Partei aus dem Leim, dann weiß man nicht mehr, wie man vom kleinsten Ortsverein verlangen soll, die Beschlüsse einzuhalten und durchzuführen. So, wie es Genosse Dittmann macht, hält man die Partei nicht zusammen, sondern treibt sie auseinander. Wenn man uns immer die Frage stellt: Was dann?, so müssen wir darauf antworten, daß wir nicht nur daran denken, sondern noch über diesen Zeitpunkt hinaus. Wir fragen uns, was kommt, wenn die große Koalition da ist? Wir fragen, soll eine Partei sich in solch historischem Moment hergeben und sich willenlos dem Diktat der Bourgeoisie fügen? Eine Partei, die deshalb Wahlen fürchtet, weil sie eine Schlappe erleiden kann, ist mit ihrem Latein zu Ende. Man muß eine Niederlage wagen, um dann wieder um so stärker dastehen zu können. Glaubt man denn, daß die bürgerlichen Parteien einen Moment zögern werden, den Landtag aufzulösen, wenn sie mit reaktionären Gesetzen aufwarten können? Redner empfiehlt, die Entschließung, die eine mittlere Linie hält, möglichst einstimmig anzunehmen. Sie ist der Hebel, mit dem wir versuchen, durch den Landesparteitag die Abgeordneten zu zwingen, auf den Boden der Parteibeschlüsse zu treten. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Seydewitz bezeichnet Schembors Ausführungen als eine wundervolle Agitationsrede für die bürgerlichen Parteien. Wir müssen uns fragen, ob unser Reden einen Zweck hat, da die Fraktionsmehrheit es in ihrem Referat zu sagen unterließ, ob sie dem heute gefaßten Beschluß Folge leisten oder ob sie weiter die Beschlüsse der Partei ignorieren will. Hier müßten die Genossen vom Parteivorstand auf die Fraktionsmehrheit einwirken, da ein solches Verhalten sich auch auf die sächsische Partei und schließlich auch auf die Gesamtpartei auswirken wird. Auch ist von der Fraktionsmehrheit nicht gesagt worden, mit welchem Programm die große Koalition eingegangen wurde. Mit Ausnahme der Angaben, die im Referat des Genossen Arzt enthalten waren. Warum hat man die Landtagssitzung auf den 4. Januar einberufen? Es mußte möglich sein, die Entscheidung über den Ministerpräsidenten noch drei Tage hinauszuschieben. Warum ist man auf die Gründe des Antrages auf Volksentscheid in der Fraktion nicht eingegangen? Das Handeln der Fraktionsmehrheit kann man nicht anders verstehen, als daß sie den Landesparteitag vor vollendete Tatsachen stellen wollte. Redner zerpflückt dann die Widersprüche in dem Tutti-quanti-Artikel des Genossen Dittmann. Wir müssen klar zum Ausdruck bringen, **daß der sächsische Landesparteitag mit der am Freitag beschlossenen Koalition nichts zu tun hat. Das ist die Koalition von zwei Dutzend Fraktionsmitgliedern.** (Stürmischer Beifall.)

Genosse Graupe: Wir haben in den letzten Monaten auf das bitterste empfunden, daß innerhalb der Fraktion sich zwei Wellen begegnen, die miteinander um die Palme des Sieges ringen. Wir müssen uns fragen, was bewegt die Arbeiterfeinde zu ihrer Politik, die sie seit längerer Zeit treiben. Gehen wir den Ursachen nach, so bemerken wir, daß sie auf eine Schwächung der Sozialdemokratie abzielen. Eine solche Schwächung kann nur erfolgen, wenn innerhalb der arbeitenden Schichten ein großer Meinungsstreit entsteht. Weil nun im Reiche eine Schwenkung der deutschen Arbeiterschaft geglückt ist, versucht man dies auch in den andern Ländern herbeizuführen. Dieser Meinungsstreit ist ein rein grundsätzlicher. Es trifft nicht zu, daß die Beschlüsse vom 4. März durch die Beschlüsse vom 2. Dezember aufgehoben sind. Die Fraktionsmehrheit hat über die Beschlüsse des Parteitages hinweg gehandelt. Daß zwei Tage vor dem Stattfinden eines Parteitages die Beschlüsse eines Parteitages übergangen worden sind, ist in der Geschichte der Partei noch nicht dagewesen. Redner zitiert darauf einen Ausspruch Bebels auf dem Mannheimer Parteitag 1906 zur Frage des Massenstreiks:

> „Wenn die Genossen in Sachsen einen Generalstreik mit Mehrheit beschlossen hätten und wir als Parteivorstand aus innerer Ueberzeugung dagegen aufgetreten wären, aber angenommen die sächsischen Genossen den Massenstreik trotzdem beschlossen hätten, dann hätte der Parteivorstand aus Solidaritätsgefühl die Kämpfe der sächsischen Parteigenossen unterstützt. Und der Parteivorstand, der das nicht gemacht hätte, gehörte zum Teufel gejagt zu werden."

Seit dem 4. März hat der Parteivorstand versucht, die Forderungen und Beschlüsse der sächsischen Parteigenossen zu hintertreiben. Wenn gesagt wird, es bestand keine Möglichkeit, am Freitag die Wahl zu verhindern, so ist das eine bewußte Irreführung. Wir haben die Genossen der Fraktionsmehrheit dringend gebeten, beachtet doch den Standpunkt der Parteigenossen im Lande. Durch Verlassen des Sitzungssaales hätte man die Wahl des Mini-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240108/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG